

**Kölner Kriminalwissenschaftliche Schriften**

---

**Band 25**

# **Untersuchungshaft in Nordrhein-Westfalen**

**Eine empirische Bestandsaufnahme zur  
Beurteilung der Chancen einer Haftvermeidung  
durch Sozialarbeit**

**Von**

**Helmut Geiter**



**Duncker & Humblot · Berlin**

**HELMUT GEITER**

**Untersuchungshaft in Nordrhein-Westfalen**

# **Kölner Kriminalwissenschaftliche Schriften**

**Herausgegeben von**

**Klaus Bernsmann, Hans Joachim Hirsch**

**Günter Kohlmann, Michael Walter**

**Thomas Weigend**

**Professoren an der Universität zu Köln**

**Band 25**

# **Untersuchungshaft in Nordrhein-Westfalen**

**Eine empirische Bestandsaufnahme zur  
Beurteilung der Chancen einer Haftvermeidung  
durch Sozialarbeit**

**Von**

**Helmut Geiter**



**Duncker & Humblot · Berlin**

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

**Geiter, Helmut:**

Untersuchungshaft in Nordrhein-Westfalen : eine empirische Bestandsaufnahme zur Beurteilung der Chancen einer Haftvermeidung durch Sozialarbeit / von Helmut Geiter. – Berlin : Duncker und Humblot, 1998

(Kölner kriminalwissenschaftliche Schriften ; Bd. 25)

Zugl.: Köln, Univ., Diss., 1996/97

ISBN 3-428-09186-8

Alle Rechte vorbehalten  
© 1998 Duncker & Humblot GmbH, Berlin  
Fotoprint: Werner Hildebrand, Berlin  
Printed in Germany

ISSN 0936-2711  
ISBN 3-428-09186-8

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier  
entsprechend ISO 9706 

*Meinen Eltern  
sowie  
Brigitte und Peter*



## Vorwort

Üblicherweise pflegt die (Medien-)Öffentlichkeit Rekordverdächtiges aufzugreifen. Um die erst unlängst zu verzeichnenden höchsten Untersuchungshaftzahlen der Nachkriegszeit in Deutschland blieb es jedoch vergleichsweise ruhig, obwohl die Gefängnisse überfüllt sind. Die vom Gesetzgeber jüngst geschaffene Hauptverhandlungshaft dürfte eher zu noch häufigeren Verhaftungen animieren - früheren auf empirischer Grundlage erhobenen Mahnungen zum Trotz, die an Haftentscheidungen Beteiligten zu einer dem Subsidiaritäts- und Verhältnismäßigkeitsprinzip gemäßen Haftpraxis zu bewegen. Die dringend gebotene quantitative Entlastung des Vollzugs soll wohl der elektronische Hausarrest bewirken, dessen probeweise Einführung in Berlin und Hamburg die Justizministerkonferenz befürwortet (SZ vom 13.6.1997, S. 7); er kommt auch als Alternative zur Untersuchungshaft in Betracht. Ob dies die menschenunwürdige Raumnot in den (U-)Haftanstalten mindern wird oder ob nicht vielmehr durch diese Ausdehnung staatlicher Haftplätze auf Privatwohnungen lediglich kostengünstig zusätzlicher Haftraum geschaffen wird, hängt letztlich von Grundhaltungen der Entscheidungsträger zu (U-)Haft und (U-)Haftvermeidung ab. Deren Erforschung bildet einen Schwerpunkt dieser Untersuchung.

Das Justizministerium des Landes Nordrhein-Westfalen hat schon länger auch nach anderen Möglichkeiten einer Verminderung der Untersuchungshaft hierzulande gesucht. Ende 1991 übertrug es der Kriminologischen Forschungsstelle der Universität Köln die Bearbeitung des Themas „Reduktion der Untersuchungshaft durch verstärkte Mitwirkung der Gerichtshilfe (Haftentscheidungshilfe)“. Aus dem Auftrag ist diese Arbeit erwachsen. Sie wurde im Juli 1996 abgeschlossen und im Wintersemester 96/97 von der Juristischen Fakultät der Universität Köln als Dissertation angenommen. Zwischenzeitlich erschienene Literatur ist zum Teil nachträglich eingearbeitet worden.

Eine empirische Untersuchung, die Aktenerhebungen und Experteninterviews einschließt, ist ohne die vielfältige Mitwirkung Dritter nicht denkbar, eine jeden einzelnen erfassende Danksagung an dieser Stelle jedoch kaum praktikabel. Deshalb fällt manche angebrachte Dankesbezeugung unbilligerweise recht summarisch aus oder mußte gar in den Fußnoten plaziert werden.



An erster Stelle möchte ich mich aufrichtig bei Herrn Prof. Dr. Michael Walter bedanken. Die bei ihm erfahrene wissenschaftliche Ausbildung hat mir zum einen die Durchführung dieses Projekts erst möglich gemacht. Zum anderen stand er - als Leiter des Forschungsprojekts und Betreuer meiner Dissertation - mit Rat, Tat, fruchtbarer Kritik und motivierenden Akzentsetzungen stets hilfreich an meiner Seite. Herrn Prof. Dr. Thomas Weigend gebührt Dank für die - zumal sehr zügige - Erstellung des Zweitgutachtens. Darüber hinaus möchte ich den beiden Genannten - in gleicher Weise den anderen Herausgebern der „Kölner Kriminalwissenschaftlichen Schriften“ - für die Aufnahme der Arbeit in diese Reihe meinen Dank aussprechen.

Herr Dipl.-Psych. Thomas Brand, der insbesondere an Arbeiten zur Datenerhebung und statistischen Datenaufbereitung beteiligt war, hat mir durch seine Zuverlässigkeit und seinen ruhigen Überblick die Arbeit sehr erleichtert. Auch dafür danke ich ihm. In der angenehmen Arbeitsatmosphäre an der Kriminologischen Forschungsstelle haben in den verschiedenen Phasen des Projekts weitere Kollegen mitgewirkt. So möchte ich mich bei Frau Gisla Blankenburg, Assessor Wolfgang Schuldzinski, Dipl.-Psych. Wolfgang Fischer, den studentischen Mitarbeitern des Instituts sowie bei den mit den Aktenhebungen, der Interviewaufnahme und der Dateneingabe betrauten Helfern bedanken (siehe Fn. 509, 538, 546). Für die drucktechnische Aufbereitung des Textes schulde ich Petra Pohl und Alexander Pisters Dank. Ohne die freundliche Unterstützung in den einzelnen Praxisfeldern, vor allem bei Staats- und Generalstaatsanwaltschaften, Amts- und Oberlandesgerichten, Ministerien, Praxisprojekten und dem projektbegleitenden Beirat, wäre diese Untersuchung nicht möglich gewesen. Allen Mitarbeitsbereiten sei an dieser Stelle vielmals gedankt. Statt aller möchte ich die Herren Riese (StA Dortmund) und Gloger (StA Paderborn) nennen, die als (stellvertretender) Geschäftsleiter zur Vorbereitung der Aktenuntersuchung mir zahllose - zum Teil zuvor noch zu ermittelnde - Akten zugänglich machten.

Bewußt wird diese Danksagung abgeschlossen mit dem Justizministerium des Landes Nordrhein-Westfalen. Es stand als Initiator am Anfang der Untersuchung, mein Dank an den Auftraggeber dieser Forschungsarbeit soll deren Endpunkt bilden. Ich habe mich nicht nur zu bedanken für die finanzielle und sonstige Förderung des Projekts, sondern vor allem für eine Forschungsmöglichkeit in voller Freiheit und ohne jegliche inhaltliche Einflußnahme in einem ebenso interessanten wie hochsensiblen Bereich.

## **Inhaltsverzeichnis**

<b>A. Notwendigkeit und Ziel der Arbeit</b> .....	<b>29</b>
<b>I. Untersuchungshaft: Streitbefangenes Problemfeld seit über einem Jahrhundert</b> .....	<b>29</b>
<b>II. Gesetzliche Regelungen, praktische Erfahrungen und rechtspolitisch diskutierte Vorschläge hinsichtlich der Begrenzung von U-Haft-Anordnungen</b> .....	<b>34</b>
1. <b>Geltende Rechtslage und alltägliche Rechtspraxis</b> .....	<b>34</b>
2. <b>Reformüberlegungen</b> .....	<b>39</b>
<b>III. Ziel der Arbeit</b> .....	<b>41</b>
<b>B. Rahmenbedingungen untersuchungshaftreduzierender Gerichtshilfearbeit in Nordrhein-Westfalen</b> .....	<b>43</b>
<b>I. Zur Entwicklung der Untersuchungshaft in Nordrhein-Westfalen</b> .....	<b>43</b>
1. <b>Die Stichtagsdaten der Strafvollzugsstatistiken</b> .....	<b>43</b>
2. <b>Informationen aus den Strafverfolgungsstatistiken</b> .....	<b>50</b>
3. <b>Speziell: Die Anzahl erwachsener Untersuchungsgefangener</b> .....	<b>58</b>
<b>II. Die Situation der Gerichtshilfe, insbesondere in Nordrhein-Westfalen</b>	<b>62</b>
1. <b>Historischer Überblick</b> .....	<b>62</b>
2. <b>Die Rechtslage der Gerichtshilfe</b> .....	<b>67</b>
3. <b>Tatsächliche Gegebenheiten für die Gerichtshilfe</b> .....	<b>71</b>
a) <b>Personelle Ausstattung und Unterbringung der Gerichtshilfe</b> .	<b>72</b>
b) <b>Die Entwicklung des Auftragsvolumens und der Tätigkeitsfelder der Gerichtshilfe</b> .....	<b>74</b>
<b>C. Haftentscheidungshilfe durch Gerichtshilfe</b> .....	<b>81</b>
<b>I. Begriffliche Klärung</b> .....	<b>81</b>

II. Rechtliche Regelung in Nordrhein-Westfalen .....	85
III. Haftentscheidungshilfe in Diskussion, Statistik und Praxis .....	86
1. Einführende Übersicht.....	86
2. Erfahrungen aus den Bundesländern.....	88
a) Hamburg .....	88
b) Berlin.....	94
c) Bremen .....	95
d) Hessen .....	97
e) Saarland.....	100
f) Rheinland-Pfalz.....	101
g) Niedersachsen .....	102
h) Bayern .....	105
i) Baden-Württemberg .....	105
j) Schleswig-Holstein.....	106
k) Nordrhein-Westfalen.....	110
l) Haftentscheidungshilfepraxis bezüglich Erwachsener in den Bundesländern: Ein Resümee .....	112
3. Erfahrungen mit Haftentscheidungshilfen im Jugendstrafverfahren .....	113
4. Haftentscheidungshilfen der Gerichtshilfen in Gesetzesentwürfen	116
D. Gegenstand, Planung und Ablauf der eigenen empirischen Erhebung .....	119
I. Erste Forschungsplanung.....	119
1. Zuschnitt der Aufgabe .....	119
2. Methoden der Erhebung .....	121
3. Probleme der Realisierung dieses Forschungsplans.....	123
II. Voruntersuchung.....	128
1. Aufgabe und Methodik der Voruntersuchung.....	128
2. Inhalt, Ablauf und Ergebnis der Voruntersuchung.....	129
a) Schwierigkeiten bei der Beschaffung der Basisinformationen	130
b) Ergebnis der vorbereitenden Befragung der Gerichtshilfen.....	131
3. Konsequenzen der Voruntersuchung für das Projekt .....	133

## Inhaltsverzeichnis

11

III. Planung und Ablauf der Hauptuntersuchung .....	134
1. Beschreibung der Aufgabe.....	134
2. Methodik der Untersuchung .....	135
3. Die Aktenuntersuchung .....	136
a) Zur Aussagekraft von Aktenanalysen trotz methodischer Probleme.....	136
b) Das sachlich-rechtliche Untersuchungsfeld .....	138
aa) Haftfälle und Beinahe-Haftfälle.....	138
bb) Aus der Erhebung ausgeklammerte Verfahren .....	139
c) Der örtlich-zeitliche Untersuchungsbereich: Die Stichprobe... ..	141
aa) Stichprobenkonstruktion zwischen theoretischem Anspruch und praktischen Zwängen.....	141
bb) Auswahl der Untersuchungsstaatsanwaltschaften.....	143
cc) Festlegung des Untersuchungszeitraums.....	147
dd) Die Aktenstichprobe.....	148
(1) Ermittlung und Auswahl der Haftfälle.....	148
(2) Ermittlung und Anzahl der Beinahe-Haftfälle.....	151
d) Erhebungsmittel und Erhebungsphase .....	154
4. Die Interviews.....	156
a) Festlegung und Erhebungsinstrumentarium der Interviews.....	156
b) Die Grundgesamtheiten der befragten Berufsgruppen sowie Auswahl und Gesprächsbereitschaft der Interviewten.....	158
c) Vorbereitung und Durchführung der Interviews .....	162
d) Schwierigkeiten der Interviewphase.....	163
5. Statistische Verarbeitung und Auswertung der Daten .....	164
IV. Zusammenfassung.....	166
E. Die Ergebnisse der Aktenerhebung .....	169
I. Die Einschaltung der Gerichtshilfe in das Verfahren .....	169
II. Zum Informationsstand der Strafruristen im Zeitpunkt der ersten Entscheidung über die Anordnung der Untersuchungshaft.....	174
1. Die Grundlage der Entscheidung .....	175

2.	Umfang und Qualität der aus den Akten ersichtlichen haftgrund- bezogenen Ermittlungen .....	175
III.	Haft- und Beinahe-Haftfälle im Vergleich .....	181
1.	Indikator: Haftgrund .....	182
2.	Indikator: Delikts- und Schadensstruktur .....	185
3.	Indikator: Gesamtwürdigung .....	193
4.	Indikator: Ausmaß der Vorverurteilungen .....	202
5.	Indikator: Persönlich-soziale und materielle Absicherung des Be- schuldigten .....	206
a)	Geschlecht, Alter und Staatsangehörigkeit .....	207
b)	Ausbildung, berufliche Situation und Einkommen .....	210
c)	Örtliche und private Bindungen .....	213
6.	Einzelaspekte vollzogener und/oder ausgesetzter Untersuchungs- haft .....	216
a)	Dauer der Untersuchungshaft .....	218
b)	Die Entwicklung der Verfahren mit nach § 116 StPO ausge- setzten Haftbefehlen .....	224
IV.	Der Haftbefehl im Verfahrensverlauf .....	229
1.	Von der Antragstellung zum Erlaß des Haftbefehls .....	230
2.	Die Begründung des Haftbefehls .....	232
a)	Äußerliche Merkmale .....	233
b)	Inhaltliche Merkmale .....	236
3.	Anpassungen des Haftbefehls an veränderte Gegebenheiten .....	240
4.	Die Aufhebung des Haftbefehls .....	242
V.	Zusammenfassung .....	242
F.	Die Ergebnisse der Interviews .....	245
I.	Beschreibung der befragten Berufsgruppen .....	245
1.	Angaben zur Person der Interviewten .....	245
2.	Zum Tätigkeitsfeld der Befragten - unter besonderer Berücksich- tigung untersuchungshaftrelevanter Bereiche .....	248

3. Die befragten Staatsanwälte und Haftrichter als Auftraggeber der Gerichtshilfe .....	253
II. Staatsanwälte und Haftrichter -ihr Informationsstand und ihre Situation im Zeitpunkt der ersten Haftentscheidung .....	255
III. Haftrichterliche Entscheidungen und die Reaktion der Staatsanwälte.	260
IV. Haftentscheidungs- und Haftvermeidungshilfe durch die nordrhein-westfälische Gerichtshilfe .....	262
1. Praktische Erfahrungen mit Haftentscheidungs-/Haftvermeidungshilfe durch Gerichtshilfe.....	263
2. Erklärungsansätze für die begrenzte Praxis der Gerichtshilfe als Haftentscheidungs-/Haftvermeidungshilfe .....	266
a) Zum Wissen der potentiellen Auftraggeber um ihre Auftragsmöglichkeiten .....	266
b) Organisatorische Aspekte des Gerichtshilfeeinsatzes .....	269
c) Zur Notwendigkeit weiterer Erklärungsversuche.....	277
d) Sinn und Stellung der Gerichtshilfe .....	278
e) Zum Bedarf der Informationsbeschaffung durch die Gerichtshilfe im Ermittlungsverfahren .....	279
f) Die Tätigkeit der Gerichtshilfe in der Beurteilung durch die Juristen der Strafjustiz.....	283
g) Das Verhältnis der Auftraggeber zur Gerichtshilfe.....	286
h) Präsenz der Gerichtshilfe im Alltag der Justizjuristen.....	290
i) Die Wichtigkeit der Arbeitsfelder der Gerichtshilfe im Blickwinkel der Berufsgruppen .....	291
j) U-Haft-Vermeidung: Aktueller Bedarf und Sinn im Urteil der Berufsgruppen.....	294
k) Offenheit oder Reserviertheit gegenüber Haftentscheidungs-/Haftvermeidungshilfe durch Gerichtshilfe als Problem verfestigter Grundeinstellungen.....	307
3. Verbesserung der Einsatzchancen der Gerichtshilfe als Haftentscheidungs-/Haftvermeidungshilfe.....	320
a) Organisationsverbesserungen.....	320

b)	Bevorzugte Funktionen einer als Haftentscheidungs-/Haftvermeidungshilfe wirkenden Gerichtshilfe.....	324
c)	Tätergruppen, für die die Gerichtshilfe vorrangig als Haftentscheidungs-/Haftvermeidungshilfe wirken sollte .....	327
V.	Zusammenfassung.....	329
G.	Interpretation der Untersuchungsergebnisse und Schlußfolgerungen .....	333
I.	Beantwortung der Forschungsfrage.....	333
II.	Zur Begründung des Forschungsergebnisses .....	334
1.	Haftentscheidungs-/Haftvermeidungshilfen der Gerichtshilfen: Praktische Probleme im Arbeitsalltag .....	334
2.	Haftreduktion, insbesondere durch Alternativen zur U-Haft: Bedarf und Nachfrage.....	338
3.	Die Gerichtshilfe: (Im Vorverfahren) Überwiegend ungeliebter sozialer Dienst der Justiz.....	342
4.	Der Ausnahmefall: Kooperation von Strafrechtswissenschaftlern und Gerichtshelfern im Vorverfahren .....	344
III.	Maßnahmen zur Förderung des Einsatzes der Gerichtshilfen als Haftentscheidungs-/Haftvermeidungshilfen und ihre Erfolgsaussichten.....	345
1.	Intensivierung verbender Tätigkeiten der Gerichtshilfe .....	345
2.	Initiativrecht der Gerichtshilfe.....	346
3.	Aktivitäten der Staatsanwaltschaften .....	347
4.	Maßnahmen auf ministerieller Ebene .....	347
5.	Chancen einer gesetzlichen Regelung .....	348
6.	Ausbildung der Beteiligten.....	350
7.	Fortbildung der Beteiligten.....	352
8.	Ermütigung statt Entmutigung besonnener Haftvermeider.....	353
IV.	Gesamtwürdigung und Ausblick.....	354
Anhang A.	Ergänzende Tabellen.....	359
Anhang B.	Untersuchungsvorbereitende Schreiben sowie Muster von Statistikbögen der Gerichtshelfer, Gs-Registern und Haftlisten .....	367

<b>Inhaltsverzeichnis</b>	<b>15</b>
<b>Anhang C. Anschreiben zur Vor- und Hauptuntersuchung.....</b>	<b>375</b>
<b>Anhang D. Untersuchungsinstrumentarium: Aktenerhebungsbogen, Interview- bögen für die Gerichtshelfer, Staatsanwälte, Haftrichter.....</b>	<b>398</b>
<b>Literaturverzeichnis.....</b>	<b>561</b>
<b>Sachregister.....</b>	<b>585</b>



## Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Stichtagsbezogene Gesamtbelegung des Vollzugs in Nordrhein-Westfalen und jeweiliger Anteil der Untersuchungshaft 1970-1995 ...	47
Tabelle 2: Stichtagsbezogene Belegung des Vollzugs in Nordrhein-Westfalen (nur Straf- und U-Haft, Sicherungsverwahrung) sowie jeweiliger Anteil der Untersuchungshaft - Entwicklung von 1990-1995 - .....	49
Tabelle 3: Anteil der Personen mit Untersuchungshaft an den Abgeurteilten insgesamt sowie an den Verurteilten (ohne Straftaten im Straßenverkehr) - Entwicklung in Nordrhein-Westfalen von 1976-1994 - .....	57
Tabelle 4: Gerichtlich verurteilte Erwachsene und Berichtsaufträge (Neuzugänge) an die Gerichtshilfe - Zahlen aus Nordrhein-Westfalen, 1980-1994 - .....	76
Tabelle 5: Prozentualer Anteil der der Gerichtshilfe in Strafverfahren erteilten Aufträge an den insgesamt erteilten Berichtsaufträgen in Nordrhein-Westfalen - Strafverfahren insgesamt und Strafverfahren vor Anklageerhebung 1984-1994 - .....	124
Tabelle 6: Berichtsneuzugänge in Strafverfahren bei den einzelnen Gerichtshilfen des Landes Nordrhein-Westfalen im Jahre 1991 - Nominalzahlen und jeweiliger Anteil an allen Berichtsneuzugängen in Prozent - .....	125
Tabelle 7: Bisherige Beauftragung der nordrhein-westfälischen Gerichtshilfen als Haftentscheidungshilfe (ohne zeitliche Eingrenzung) sowie in Fällen mit Untersuchungshaft (begrenzt auf das Jahr 1989) .....	132
Tabelle 8: Die Staatsanwaltschaften in Nordrhein-Westfalen - geschichtet von großstädtischer zu ländlicher Prägung - .....	144
Tabelle 9: Die Quantität der Untersuchungshaft bei den Staatsanwaltschaften in Nordrhein-Westfalen im Jahre 1989 - geschichtet von hohen zu geringeren Verhaftungsquotienten - .....	145
Tabelle 10: Verfahren mit im Jahre 1989 begonnenen Untersuchungshaftfällen von Erwachsenen bei den Erhebungsstaatsanwaltschaften.....	149

Tabellenverzeichnis	17
Tabelle 11: Die ausgewerteten Untersuchungshaftakten nach Erst- und Ersatzziehungen.....	150
Tabelle 12: (Nicht-)Ermittelte und ausgewertete Beinahe-Haftfälle bei den Untersuchungsstaatsanwaltschaften.....	153
Tabelle 13: Die ausgewerteten Verfahrensakten - Art, Anzahl und regionale Verteilung -.....	154
Tabelle 14: Grundgesamtheit, Stichprobe und Interviewbereitschaft der befragten Berufsgruppen.....	161
Tabelle 15: Grad des Nachforschungsaufwands der Ermittlungsbehörden in ausgewählten haftrelevanten Ermittlungsbereichen im Hinblick auf das Vorliegen von Haftgründen - Fälle in Prozent -.....	176
Tabelle 16: Befragungen von Personen aus dem sozialen Umfeld des Beschuldigten vor erstmaligem (Nicht-)Erlaß des Haftbefehls in Zusammenhang mit einem (möglichen) Haftgrund - Fälle in Prozent -.....	177
Tabelle 17: Wissensstand der Entscheidungsträger bei der ersten Haftentscheidung und am Verfahrensende - Aufgeklärte Fakten aus dem persönlich-sozialen Bereich des Beschuldigten -.....	179
Tabelle 18: Im Haftbefehl bzw. Haftbefehls-Antrag benannte Haftgründe .....	183
Tabelle 19: Deliktsstruktur bei Verkündung/Ablehnung des Haftbefehls - Unter quantitativem Aspekt ausgewählte Delikte - Haft- und Beinahe-Haftfälle im Vergleich.....	189
Tabelle 20: Im Haftbefehl/Haftbefehlsantrag aufgeführte ideal- und/oder real-konkurrierende Delikte - Haft- und Beinahe-Haftfälle im Vergleich -	191
Tabelle 21: Verteilung der staatsanwaltlichen Anklageerhebungen auf die sachlich zuständigen Gerichte - Haft- und Beinahe-Haftfälle im Vergleich -.....	194
Tabelle 22: Ausgang des Verfahrens nach der schwersten verhängten Sanktion - Die Stichprobe im Vergleich mit den bundesdeutschen und nordrhein-westfälischen Strafverfolgungsstatistiken des Jahres 1989.....	197
Tabelle 23: Ausgang des Verfahrens nach der schwersten verhängten Sanktion - Haftfälle und Sofortaussetzungen im Vergleich - .....	200
Tabelle 24: Vorstrafenbelastung in Haft- und Beinahe-Haftfällen - Kenntnisstand bei Erlaß/Ablehnung des Haftbefehls und am Verfahrensende -.....	203

Tabelle 25: Schwerste bisher verhängte Sanktionen - Haft- und Beinahe-Haftfälle im Vergleich - .....	204
Tabelle 26: Die Beschuldigten in den Untersuchungsgruppen - aufgeschlüsselt nach Geschlecht, Alter und Nicht-Deutschen - .....	208
Tabelle 27: Ausbildung, berufliche Situation und Einkommen der Beschuldigten - Haft- und Beinahe-Haftfälle im Vergleich - .....	211
Tabelle 28: Örtliche und private Bindungen der Beschuldigten - Haft- und Beinahe-Haftfälle im Vergleich - .....	214
Tabelle 29: Dauer der Untersuchungshaft - Die Stichprobe und die im Jahre 1989 in Nordrhein-Westfalen beendeten Untersuchungshaftfälle im Vergleich - .....	219
Tabelle 30: Dauer der Untersuchungshaft und Verfahrensausgang .....	222
Tabelle 31: Dauer der Untersuchungshaft und Höhe verhängter Freiheitsstrafen ..	223
Tabelle 32: Aussetzung des Haftbefehls und nachfolgende Entwicklung des Verfahrens - Sofort- und spätere Aussetzungen im Vergleich - .....	227
Tabelle 33: Dauer des Verfahrens von der Festnahme bis zur Verkündung des erstinstanzlichen Urteils - Fälle mit und ohne Haftverschonung im Vergleich - .....	229
Tabelle 34: Umfang der Begründung der Haftbefehle - Berechnung in Zeilen - ....	234
Tabelle 35: Hauptkriterien zur Begründung von Fluchtgefahr .....	237
Tabelle 36: Mit der „Erwartung einer hohen Strafe“ begründete Fluchtgefahr und Berechtigung dieser Prognose am Verfahrensende - Art und Dauer der verhängten Freiheitsstrafen - .....	238
Tabelle 37: Sonstige mit Fluchtgefahr begründete Haftbefehle - Art und Dauer der verhängten Freiheitsstrafen - .....	238
Tabelle 38: Geschlecht, Alter und Dauer der Berufstätigkeit der Befragten - Vergleich der Berufsgruppen - .....	249
Tabelle 39: Staatsanwälte und Richter als Auftraggeber der Gerichtshilfe im Jahre 1992 .....	254
Tabelle 40: HEH/HVH als derzeitige Aufgaben der Gerichtshilfe - Einschätzung durch Staatsanwälte und Haftrichter im Vergleich .....	268

Tabelle 41: Haftentscheidungshilfe - Staatsanwälte und Haftrichter als Auftraggeber der Gerichtshilfe bei Kenntnis der Auftragsmöglichkeit (Filter 1) und gleichzeitiger Annahme gegenwärtiger organisatorischer Durchführbarkeit (Filter 2) - .....	275
Tabelle 42: Haftvermeidungshilfe - Staatsanwälte und Haftrichter als Auftraggeber der Gerichtshilfe bei Kenntnis der Auftragsmöglichkeit (Filter 1) und gleichzeitiger Annahme gegenwärtiger organisatorischer Durchführbarkeit (Filter 2) - .....	276
Tabelle 43: Angaben der Gerichtshelfer zur Häufigkeit ihrer Beauftragung durch Staatsanwälte und Richter .....	290
Tabelle 44: HVH durch Gerichtshilfe im Urteil ihrer nach ausgewählten Merkmalen differenzierten potentiellen Auftraggeber .....	304
Tabelle 45: HEH durch Gerichtshilfe im Urteil ihrer nach ausgewählten Merkmalen differenzierten potentiellen Auftraggeber .....	305
Tabelle 46: Die Zusammensetzung der Kontrastgruppen gegenüber der übrigen und der Gesamt-Gruppe nach Berufen .....	308
Tabelle 47: Kriminalpolitische Aussagen allgemeinerer Art sowie zur Haftpraxis - Signifikante Abweichungen im Antwortverhalten entsprechend dem Beruf der Befragten - .....	314
Tabelle 48: Beschuldigtengruppen, bei denen der Einsatz der Gerichtshilfe als HEH/HVH besonders sinnvoll erscheint - Anteil der Nennungen in den Berufsgruppen - .....	328

## Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Untersuchungsgefängene - Entwicklung in Deutschland und Nordrhein-Westfalen - Stichtagszahlen im Vollzug 1970-1995 .....	45
Abbildung 2: In der Strafverfolgungsstatistik aufgeführte Abgeurteilte und andere Personen mit Untersuchungshaft - Entwicklung in Nordrhein-Westfalen - 1976-1994 .....	51
Abbildung 3: Abgeurteilte insgesamt und Personen mit Untersuchungshaft, jeweils einschließlich sowie ohne Straftaten im Straßenverkehr - Entwicklung in Nordrhein-Westfalen von 1976-1994 - (Absolutzahlen umgerechnet in Prozent, 1976=100).....	53
Abbildung 4: Erwachsene Untersuchungsgefängene - Stichtagsbezogene Entwicklung in Nordrhein-Westfalen von 1970-1995 - (Absolutzahlen umgerechnet in Prozent, 1970=100).....	59
Abbildung 5: Erwachsene in Untersuchungshaft - Entwicklung der Belegung in Nordrhein-Westfalen - Stichtagszahlen 1991-1995.....	61
Abbildung 6: Nach Verfahrensabschnitten geordnete Entwicklung der Berichtsaufträge an die Gerichtshilfe in Nordrhein-Westfalen - Neuzugänge von 1980-1994 in Prozent - .....	78
Abbildung 7: Deliktsstruktur der Stichprobe bei Verkündung/Ablehnung des Haftbefehls - Unter quantitativem Aspekt ausgewählte Delikte -...	187
Abbildung 8: Deliktsstruktur bei den Abgeurteilten und anderen Personen mit Untersuchungshaft in Nordrhein-Westfalen in den Jahren 1989/1990 - Unter quantitativem Aspekt ausgewählte Delikte - ....	187
Abbildung 9: Die Arbeitszeit der Gerichtshelfer im Jahre 1992 in den einzelnen Arbeitsfeldern .....	252
Abbildung 10: Informationsstand der Juristen der Strafjustiz im Zeitpunkt der Entscheidung über den Erlaß eines Haftbefehls - Einschätzung durch die Gerichtshelfer in Prozent -.....	256

Abbildungsverzeichnis	21
Abbildung 11: Einschätzung des eigenen Informationsstands in ausgewählten Bereichen durch Staatsanwälte und Haftrichter im Zeitpunkt der Entscheidung über den Haftbefehl .....	258
Abbildung 12: Erfahrungen mit HEH/HVH durch Gerichtshilfe - Vergleich der Berufsgruppen in Prozent <sup>a)</sup> - .....	264
Abbildung 13: Gründe organisatorischer Art für die begrenzte Befassung der Gerichtshilfe im Ermittlungsverfahren - Einschätzung durch Staatsanwälte und Haftrichter - .....	271
Abbildung 14: Durchführbarkeit von HEH und HVH durch die Gerichtshilfe unter den derzeitigen organisatorischen Rahmenbedingungen - Beurteilung durch die Berufsgruppen - .....	272
Abbildung 15: Bei verstärkter Befassung der Gerichtshilfe als HEH/HVH erwartete organisatorische Probleme - Einschätzungen der Berufsgruppen hinsichtlich ausgewählter Vorgaben - .....	274
Abbildung 16: Die Stellung der Gerichtshilfe aus der Sicht der Berufsgruppen ....	280
Abbildung 17: Erschwerung und Verzögerung des Entscheidungsprozesses bei Mitwirkung der Gerichtshilfe als Motiv geringer Beauftragungsquoten im Ermittlungsverfahren.....	281
Abbildung 18: Das Ausmaß der durch die Polizei im Ermittlungsverfahren beschafften Informationen im Urteil von Staatsanwälten und (Haft-)Richtern.....	282
Abbildung 19: Zur Beurteilung der Arbeit der Gerichtshilfe im Ermittlungsverfahren durch Staatsanwälte und Haftrichter unter ausgewählten Gesichtspunkten .....	285
Abbildung 20: Das Verhältnis zur Gerichtshilfe - Selbsteinschätzung von Staatsanwälten und Haftrichtern im Vergleich zu Angaben der Gerichtshelfer über das Verhalten dieser Personengruppen ihnen als Gerichtshelfer gegenüber - .....	288
Abbildung 21: Die Tätigkeitsbereiche der Gerichtshilfe nach ihrer Wichtigkeit - Einschätzungen der Berufsgruppen im Vergleich - .....	292
Abbildung 22: Ausgewählte kriminalpolitische Fragen zur Untersuchungshaft - Die Antworten im Vergleich der Berufsgruppen - .....	295

Abbildung 23: Die Einstellung der Berufsgruppen zu U-Haft-Vermeidung im Allgemeinen sowie zu HVH und HEH durch Gerichtshilfe im Besonderen.....	298
Abbildung 24: (Nicht-)Zustimmungsquotient zu ausgewählten Aussagen zur Gerichtshilfe, HEH/HVH und Untersuchungshaft - Staatsanwälte und Haftrichter im Vergleich - .....	302
Abbildung 25: Einstellungsunterschiede bei kriminalpolitischen Aussagen zur Praxis der Untersuchungshaft - Pro- und Contra-Gruppe im Vergleich zu den übrigen Befragten - .....	309
Abbildung 26: Einstellungsunterschiede bei allgemeinen kriminalpolitischen Aussagen - Pro- und Contra-Gruppe im Vergleich zu den übrigen Befragten - .....	311
Abbildung 27: Einstellungsunterschiede bei kriminalpolitischen Aussagen zur Praxis der Untersuchungshaft - Pro- und Contra-Gruppe (ohne Gerichtshelfer) im Vergleich zu den übrigen Befragten -.....	315
Abbildung 28: Einstellungsunterschiede bei allgemeinen kriminalpolitischen Aussagen - Pro- und Contra-Gruppe (ohne Gerichtshelfer) im Vergleich zu den übrigen Befragten -.....	316
Abbildung 29: Faktoren zur Erklärung des Antwortverhaltens der Interviewten auf die Frage: „Halten Sie es für sinnvoll, die Gerichtshilfe verstärkt als HEH und HVH einzusetzen?“ .....	318
Abbildung 30: Faktoren zur Erklärung des Antwortverhaltens der Interviewten (ohne Haftrichter) auf die Frage: „Halten Sie es für sinnvoll, die Gerichtshilfe verstärkt als HEH und HVH einzusetzen?“ .....	319
Abbildung 31: Bevorzugte Funktionen der Gerichtshilfe bei bestehender/drohender Untersuchungshaft - Urteil der Berufsgruppen im Vergleich - .....	325

## **Abkürzungsverzeichnis**

a.A.	anderer Ansicht
a.a.O.	am angegebenen Ort
a.E.	am Ende
a.F.	alter Fassung
Abb.	Abbildung(en)
ABM	Arbeitsbeschaffungsmaßnahme
Abs.	Absatz
ADG	Arbeitsgemeinschaft Deutscher Gerichtshelfer
AE	Alternativentwurf
AG	Arbeitsgruppe
AK	Alternativkommentar
AktO	Aktenordnung
ÄndG	Änderungsgesetz
Anm.	Anmerkung
AnwBl	Anwaltsblatt
Art.	Artikel
ASJ	Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen
Aufl.	Auflage
AV	Allgemeine Verfügung
Az.	Aktenzeichen
BAG-S	Bundesarbeitsgemeinschaft für Straffälligenhilfe
Bd.	Band
BewHi	Fachzeitschrift für Bewährungs-, Gerichts- und Straffälligenhilfe
BGBI.	Bundesgesetzblatt



BGH	Bundesgerichtshof
BR	Bundesrat
BRD, Bund	Bundesrepublik Deutschland
BResoG	Bundesresozialisierungsgesetz
BT	Bundestag
BtM	Betäubungsmittel
BtMG	Betäubungsmittelgesetz
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
bzgl.	bezüglich
BZR	Bundeszentralregister
bzw.	beziehungsweise
ca.	cirka
CDU	Christlich-Demokratische Union
CSU	Christlich-Soziale Union
d.	des
d.h.	das heißt
DAV	Deutscher Anwaltsverein
DBH	Deutsche Bewährungshilfe
DDR	Deutsche Demokratische Republik
Dez	Dezernat
DM	Deutsche Mark
Drs.	Drucksache
DT	Detmold
DVJGJGH, DVJJ	Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen
e. V.	eingetragener Verein
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EGStGB	Einführungsgesetz zum Strafgesetzbuch

Eil	Eildienst, Vorführdienst
Erl.	Erlaß
f.	folgende
FDP	Freie Demokratische Partei
GA	Goltdammer's Archiv für Strafrecht
GbR	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
gem.	gemeinsamer
ggf.	gegebenenfalls
GH	Gerichtshelfer, Gerichtshilfe
GnO	Gnadenordnung für das Land Nordrhein-Westfalen
GVBl.	Gesetz- und Verordnungsblatt
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
HB	Haftbefehl
HEH(n)	Haftentscheidungshilfe(n)
HRi	Haftrichter
Hrsg.	Herausgeber
HVH(n)	Haftvermeidungshilfe(n)
i.e.S.	im engen Sinn
i.S.v.	im Sinne von
i.V.m.	in Verbindung mit
i.w.S.	im weiten Sinn
IKV	Internationale Kriminalistische Vereinigung
ISS	Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik, Frankfurt
JGG	Jugendgerichtsgesetz
JGH	Jugendgerichtshilfe
JM, JuM	Justizminister
JMBL.	Justizministerialblatt
JR	Juristische Rundschau
JSG	Gesetz über die Sozialarbeiter der Justiz (Baden-Württemberg)

JuS	Juristische Schulung
JVA	Justizvollzugsanstalt
JW	Juristische Wochenschrift
JZ	Juristenzeitung
Kap.	Kapitel
Kat.	Kategorie
KJHG	Kinder- und Jugendhilfegesetz
KK	Karlsruher Kommentar zur Strafprozeßordnung
KKW	Kleines Kriminologisches Wörterbuch
KrimJ	Kriminologisches Journal
KrimPäd	Kriminalpädagogische Praxis
KrimSozBibl.	Kriminalsoziologische Bibliographie
ländl.	ländlich(er)
LG	Landgericht
LK	Leipziger Kommentar zum Strafgesetzbuch
LR	Löwe-Rosenberg
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
mbH	mit beschränkter Haftung
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
MinBl.	Ministerialblatt
Mönchengladb.	Mönchengladbach
MRK	Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (Menschenrechtskonvention)
MshrKrim	Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform
n.s.	nicht signifikant
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NK	Neue Kriminalpolitik
Nr.	Nummer
NRW, NW	Nordrhein-Westfalen

NStZ	Neue Zeitschrift für Strafrecht
OLG	Oberlandesgericht
PC	Personalcomputer
PDB	Paderborn
PKS	Polizeiliche Kriminalstatistik
PKW	Personenkraftwagen
RdErl.	Runderlaß
RiStBV	Richtlinien für das Strafverfahren und das Bußgeldverfahren
Rn.	Randnummer
RT	Reichstag
RV	Rundverfügung
S.	Seite, Satz
SchlHA	Schleswig-Holsteinische Anzeigen
Sig.	Signifikanz(berechnung)en
SK	Systematischer Kommentar
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
StA	Staatsanwalt, Staatsanwälte, Staatsanwaltschaft
städt.	städtisch(er)
StGB	Strafgesetzbuch
StPÄG	Strafprozeßänderungsgesetz
StPO	Strafprozeßordnung
StraFo	Strafverteidiger Forum
StV	Strafverteidiger
SZ	Süddeutsche Zeitung
Tab.	Tabelle
Tb.	Teilband
TOA	Täter-Opfer-Ausgleich
U-	Untersuchungs-
U-Haft	Untersuchungshaft

u.	und
u.a.	unter anderem, und andere
u.ä.	und ähnliches
u.U.	unter Umständen
USA	Vereinigte Staaten von Amerika
v.	von, vom
Var.	Variable
vgl.	vergleiche
VO	Verordnung
VV	Verwaltungsvorschriften
z.B.	zum Beispiel
ZfJ	Zentralblatt für Jugendrecht
ZfStrVo	Zeitschrift für Strafvollzug und Straffälligenhilfe
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZStW	Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft

## A. Notwendigkeit und Ziel der Arbeit

### I. Untersuchungshaft: Streitbefangenes Problemfeld seit über einem Jahrhundert

Die Kritik an der Untersuchungshaft ist fast so alt wie unsere Strafprozeßordnung<sup>1</sup>. Pointiert bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts (1906) als "das trübste Kapitel in der deutschen Strafrechtspflege" bezeichnet<sup>2</sup>, fällt kurz vor dessen Ausklang eine ebenso knapp resümierende Bewertung der Untersuchungshaft hierzulande kaum anders aus: "Untersuchungshaft - Stiefkind der Justiz" lautet nämlich plakativ der Titel eines 1995 erschienenen Sammelbandes<sup>3</sup>. Ohne aufwendig abgelegenes Schrifttum durchforsten zu müssen, finden sich vergleichbare Beurteilungen auch im Zeitraum zwischen diesen Eckdaten. So erachtete man im Jahre 1925 das in dem Zitat von 1906 zum Ausdruck kommende "harte Urteil...auch heute noch im wesentlichen zutreffend"<sup>4</sup> und konstatierte in der Mitte des Jahrhunderts, daß "der Ruf nach einer Reform des Gesetzes und nach Änderung seiner praktischen Anwendung...niemals verstimmt" sei<sup>5</sup>. Der eingangs des Jahrhunderts geprägten Formulierung wurde in den 80er Jahren "nach wie vor" Gültigkeit attestiert<sup>6</sup>, auch wenn die ursprüngliche Aussage nunmehr unter der Überschrift "Untersuchungshaft: Die

---

<sup>1</sup> H. Schöch, 1987d, S. 9; J.-M. Jehle, 1985, S. 4 m.w.N.

<sup>2</sup> So der Berliner Rechtsanwalt Hugo Heinemann, 1906, S. 520. Weitere kritische Stimmen aus jener Zeit - nicht allein von Rechtsanwälten, sondern auch von Staatsanwälten und Richtern - sind zusammengestellt bei W. Rosenberg, 1906, S. 339 f.

<sup>3</sup> R. Reindl/W. Nickolai/G. Gehl (Hrsg.), 1995. Im Vorwort, S. 7, weisen die Herausgeber darauf hin, daß schon 1882 Franz von Liszt die Untersuchungshaft als "Stiefkind der Justiz" bezeichnet habe. Als "Stiefkind der Strafjustiz" markierte sie H. Müller-Dietz, 1984, S. 87, und F. Dünkel, 1985, S. 334, resümierte, daß diese Bezeichnung "nahezu einhelligem Konsens entsprechen" dürfte.

<sup>4</sup> W. Rosenberg, 1925, S. 1446.

<sup>5</sup> H. Dahs, 1959, S. 505.

<sup>6</sup> J. Wolter, 1981, S. 452.

vergessene Reform" - zeitgeschichtlich aktueller gefaßt - als "eines der dunkelsten Kapitel bundesdeutscher Strafrechtspflege" bezeichnet wurde<sup>7</sup>.

Die Kritik an dieser "Freiheitsberaubung gegenüber einem Unschuldigen"<sup>8</sup> spart dabei weder die rechtliche Regelung<sup>9</sup> noch den Vollzug der Untersuchungshaft<sup>10</sup>, der häufig als das gegenüber dem Strafvollzug größere Übel klassifiziert wird<sup>11</sup>, aus. In erster Linie wendet sie sich jedoch gegen die Art und Weise ihrer Handhabung<sup>12</sup>, die - auf eine griffige Formel gebracht - von zu raschen, zu häufigen und zu lange andauernden Verhaftungen bestimmt sei<sup>13</sup>. Indem diese vor Jahrzehnten ebenso wie heute<sup>14</sup> als unverhältnismäßig gebrandmarkte Praxis der Untersuchungshaft als "Krebsschaden des Ermittlungsverfahrens"<sup>15</sup> diagnostiziert wird, ist über das Testat gegenwärtiger Gefährdung hinaus, eine - ohne erfolgreiche Therapie - für den Rechtsstaat ungünstige Entwicklung prognostiziert. Schließlich macht gerade die Art und Weise, wie mit der sensiblen Materie der Untersuchungshaft im Alltag umgegangen wird, das rechtspolitische Klima eines Landes erspürbar. Recht und Wirklichkeit der Untersuchungshaft werden deshalb immer wieder in das Bild des Seismographen gebracht, der selbst leichteste Veränderungen überdeutlich registriert<sup>16</sup>. Da sich am Gebrauch der Untersuchungshaft "die Punitivität

<sup>7</sup> H. Isola, 1987, S. 32.

<sup>8</sup> W. Hassemer, 1984, S. 40.

<sup>9</sup> Siehe hinsichtlich der Kritik an den über die Flucht, Flucht- und Verdunkelungsgefahr hinausgehenden Haftgründen die Zusammenstellung bei M. Gebauer, 1987a, S. 11 f.; nach J. Wolter, 1981, S. 452 sind die Regeln der U-Haft "von Grund auf reformbedürftig", und M. Seebode, 1989, S. 122, spricht von einer "ungewöhnlich hohen Ineffektivitätsquote" der §§ 112 ff. StPO"; bzgl. Kritik an der rechtlichen Regelung des Untersuchungshaftvollzuges vgl. auch M. Seebode, 1985.

<sup>10</sup> H. Müller-Dietz, 1984, S. 79 f.; M. Seebode, 1989, S. 120 m.w.N. in Fn. 38 f.; siehe auch die Beiträge in H. Schöch (Hrsg.), 1987c; F. Dunkel/A. Rosner (Hrsg.), 1982, S. 27 f.; K.P. Rotthaus, 1973, S. 2271; international vergleichend G. Kaiser, 1993, S. 23 f.

<sup>11</sup> Siehe H. Müller-Dietz, 1991, S. 234; M. Seebode, 1987, S. 17 f.; vgl. dazu jüngst die Beiträge von P.P. Wentz, B. Wild, H. Reh, R. Spiegel und H. Seibert in: R. Reindl/W. Nickolai/G. Gehl (Hrsg.), 1995.

<sup>12</sup> So H.-H. Jescheck, 1962, S. 66; M. Seebode, 1991, S. 169; H. A. Engelhard, 1986, S. 360; U. Eisenberg/F. Tóth, 1993, S. 293 f.

<sup>13</sup> Vgl. jüngst R. Schlothauer/H.-J. Weider, 1996, Rn. 5 f.; siehe bereits H.-H. Jescheck, 1962, S. 66, sowie zur Diskussion in den 80er Jahren Brüssow, 1983, S. 115, und R. Schlothauer, 1984, S. 48.

<sup>14</sup> J.-M. Jehle, 1992, S. 350.

<sup>15</sup> B. Schünemann, berichtet bei T. Weigend, 1981, S. 1285.

<sup>16</sup> Vgl. etwa H. Schöch, 1987a, S. 992, und K.-L. Kunz, 1994, § 23 Rn. 55.

einer Gesellschaft ablesen" lasse<sup>17</sup>, erscheine deren Ausgestaltung als "Spiegelbild der jeweiligen Auffassung des Verhältnisses von Staat zum Bürger"<sup>18</sup>. Denn der für das Strafverfahren ohnehin typische Konflikt zwischen dem Staat und dem einer Straftat Beschuldigten kulminiert auf dem Gebiet der Untersuchungshaft, dieser Schnittstelle zwischen staatlichen Strafverfolgungsinteressen und Freiheitsrechten des einzelnen<sup>19</sup>. Bevor kein rechtskräftiges Urteil gesprochen ist, steht der Eingriffsbefugnis des Staates die aus dem Rechtsstaatsprinzip in Verbindung mit dem grundrechtlichen Persönlichkeitsschutz abgeleitete, in Art. 6 Abs. 2 MRK ausformulierte Unschuldsvermutung gegenüber<sup>20</sup>. In Konsequenz dessen ist

"die volle Entziehung der persönlichen Freiheit durch Einschließung in eine Haftanstalt ein Übel, das im Rechtsstaat grundsätzlich nur dem zugefügt werden darf, der wegen einer gesetzlich mit Strafe bedrohten Handlung rechtskräftig verurteilt worden ist. Diese Maßnahme schon gegen einen einer Straftat lediglich Verdächtigen zu ergreifen, kann nur in *streng begrenzten Ausnahmefällen* zulässig sein..."<sup>21</sup>.

Untersuchungshaft darf nur angeordnet werden,

"wenn und soweit der legitime Anspruch der staatlichen Gemeinschaft auf vollständige Aufklärung der Tat und rasche Bestrafung des Täters *nicht anders gesichert werden kann* als durch vorläufige Inhaftierung eines Verdächtigen"<sup>22</sup>.

Wenn Richter gleichwohl - nach Schätzungen, die vor Öffnung der osteuropäischen Grenzen und der deutschen Wiedervereinigung angestellt wurden - jährlich zwischen 35000 und 50000 Menschen einweisen, die Untersuchungshaft damit die am häufigsten angeordnete und vollzogene Freiheitsentziehung ist<sup>23</sup>, sind Zweifel angebracht, ob diese in der Praxis tatsächlich, wie vom

---

<sup>17</sup> M. Walter, 1995, S. 99.

<sup>18</sup> F. W. Krause, 1978, S. 75.

<sup>19</sup> Siehe zur verfassungsrechtlichen Situation ausführlich W. Hetzer, 1983, S. 47 f.; unter eher alltagspraktischen Gesichtspunkten vgl. J. Benfer, 1990, S. 89 f.

<sup>20</sup> BVerfGE 19, 342 f., (347); 22, 254 f., (265); 35, 311 f., (320); 74, 358 f., (370); BVerfG NJW 43 (1990), 2741 f., (2741); vgl. ausführlich H.-U. Paeffgen SK-StPO, vor § 112 Rn. 21 f. m.w.N.

<sup>21</sup> BVerfGE 19, 324 f., (347), Hervorhebung von H.G.; siehe auch die Formulierung "Ausnahme" bei G. Wendisch LR-StPO, § 112 Rn. 58.

<sup>22</sup> BVerfGE 19, 342 f., (347); 20, 45 f., (49); 20, 144 f., (147), Hervorhebung von H.G.

<sup>23</sup> Siehe M. Seebode, 1991, S. 171 m.w.N. in Fn. 10 und 11; G. Koop, 1988, S. 10, ging von jährlich bis zu 60000 Untersuchungsgefangenen aus. G. Kaiser KKW, 1974, S. 330, sprach gar von 70000 Untersuchungsgefangenen pro Jahr. Die Begründetheit solcher Annahmen ergibt sich jedenfalls zum Ende der 80er Jahre aus der Antwort des Bundesministers der Justiz vom 28.3.1990 auf eine Kleine Anfrage der SPD-Fraktion